



POLIZEI- UND ORDNUNGSBEHÖRDENGESETZ

Fachverband noch einmal einbinden

Nach der Anhörung im Innenausschuss des Landtages nahm das Gesetzgebungsverfahren zum neuen POG eine überraschende Wendung. In den Medien wurden Eingriffsermächtigungen als unzulässige Verschärfung gegeißelt, die das heutige POG bereits seit 17 Jahren vorsieht. Nach Interventionen der Kirchen und des Anwaltsvereins wurde die Angelegenheit in den Fraktionen des Landtages zur Chefsache. Nach einem jetzt vorliegenden Eckpunktepapier der SPD-Fraktion wird die präventive Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) nahezu komplett gestrichen. Der Schutz der Berufs- und Amtsgeheimnisträger soll so weit gehen, dass verdeckte Datenerhebungen nur dann möglich sind, wenn die Gefahr vom Geheimnisträger selbst ausgeht. Ist dies nicht der Fall, soll das Berufs- oder Amtsgeheimnis von Geistlichen, Ärzten, Rechtsanwälten und Journalisten sogar schwerer wiegen, als eine gegenwärtige Lebensgefahr. Die GdP versucht seit bekannt werden der Änderungspläne in Gesprächen mit den beiden großen Kirchen und den Landtagsfraktionen für eine der Sicherheitslage angemessene Lösung zu werben.



Bernd Becker begleitet mit Unterstützung der GdP-Fachausschüsse das Gesetzgebungsverfahren zum neuen POG. Er ist überrascht von der Entwicklung des Gesetzentwurfs in der Folge der Landtagsanhörung.

„Wenn die fertig sind, werden wir uns unser altes POG sehnlich zurückwünschen“, bemerkte ein Polizeipraktiker des höheren Dienstes. Bezug nimmt er mit dieser (hoffentlich überzeichneten) Befürchtung auf die neueste Entwicklung des Gesetzentwurfs nach der Anhörung durch den Innenausschuss des Landtages und die jetzt vorliegenden Zielvorstellungen der Regierungsfractionen. Nach dem Anhörungstermin am 13. November

(die GdP berichtete in der Januar-Ausgabe der DP) war es zunächst einige Tage ruhig, doch dann nahm die einseitige und teilweise schlecht recherchierte Berichterstattung in den Medien ihren Lauf. Zu groß war für viele Journalisten die Versuchung, das Bild vom Überwachungsstaat an die Wand zu malen. Das Ende des Beicht- und Anwaltsgeheimnisses, sowie der ärztlichen Verschwiegenheit wurde befürchtet und nicht zuletzt natürlich die freie Berichterstattung durch die Medien in Frage gestellt.

Keine präventive TKÜ?

Nach den jetzt von den Regierungsfractionen vorgelegten Zielvorstellungen gibt es keine Gefahren abwehrende Telekommunikationsüberwachung mehr, die sich auf den engeren Schutzbereich des Artikels 10 GG (Fernmeldegeheimnis/z. B. Gesprächsinhalt) bezieht. Lediglich Standortfeststellungen sollen möglich sein, wenn Leib oder Leben gefährdet ist. Die Polizei scheint also mit der Frage allein zu bleiben, was beispielsweise in Fällen von Geiselnahmen zu tun ist, wenn der oder die Täter und die

Tatumstände bekannt sind oder sich aus anderen Gründen eine strafprozessuale TKÜ verbietet. „Es stehen immer Straftaten im Raum. Wir brauchen keine gefahrenabwehrende TKÜ“. Dieser lapidaren Äußerung des Vertreters des Anwaltsvereins scheinen sich die Fraktionsführungen des gesamten Landtages angeschlossen zu haben. „Schon einmal von Erforderlichkeit und Zweckbindung gehört?“, fragt da (rhetorisch) schon der Polizist im ersten Ausbildungsjahr.

Schiefelage bei Amts- und Berufsgeheimnis

Sehr erfolgreich scheinen auch die Interventionen der Kirchen- und Journalistenvertreter gewesen zu sein. Verdeckte Maßnahmen sollen bei betroffenen Geheimnisträgern nur noch möglich sein, wenn es um eine Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person geht und diese Gefahr von dem Träger des Berufs- oder Amtsgeheimnisses ausgeht. Welche Logik steckt hinter dieser Absicht, fragt die GdP: Ist ein Menschenleben nur dann

Fortsetzung auf Seite 2

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **POG**
Seiten 1 bis 3

■ **KURZ UND KNACKIG**
Seite 4

■ **GdP VOR ORT**
Seite 5

■ **AUS DEM HPRP**
Seite 6

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

KOMMENTAR

„Noch mal nachdenken!“



Ernst Scharbach

„Wir wollen keinen Überwachungsstaat. Das Beichtgeheimnis und die ungehinderte Berufsausübung für Journalisten, Rechtsanwälte und Ärzte müssen gewahrt bleiben. Der Schutz der Bürgerfreiheiten ist

und war eine wichtige Errungenschaft unserer Verfassung.

Aber: Auch der Schutz der Bürger vor Verbrechen ist Teil des Verfassungsauftrages. Und nach Auffassung der GdP haben wir Grund, uns vor terroristischen Anschlägen und der immer perfideren Organisierten Kriminalität zu fürchten. Wo ist die richtige Balance? Schutz der Bürger vor dem Verbrechen oder Schutz der Bürger vor der Polizei?

Wir richten uns streng nach dem Primat der Politik. Wenn der Gesetzgeber nicht will, dass die Polizei gravierende Straftaten verhindert, dann werden wir das nicht tun. Dann werden wir nach der Straftat mit den Maßnahmen der StPO die Täter suchen und der Justiz überstellen. Wenn der Landtag

sich so eindeutig entscheidet, ist auch der Rückgriff auf die Generalklausel, die Notstandregelungen oder eine ‚Regelungslücke‘ verwehrt. Denn der Gesetzgeber brächte seinen Willen durch die Änderungen im POG-Entwurf eindeutig zum Ausdruck.

Mein dringender Rat: Wir haben jetzt 18 Jahre mit diesem POG gelebt. Die Erarbeitung des Entwurfs hat zwei Jahre gedauert. Es gibt keinen Grund, plötzlich in Hektik zu verfallen. Lasst uns noch mal über den Sinn und Zweck der Änderungen diskutieren. Und über die spannende Frage, an welcher Linie die Gefahrenabwehr enden soll.“

Ernst Scharbach

Fortsetzung von Seite 1

schützenswert, wenn es von einem Geistlichen, einem Rechtsanwalt oder einem Journalisten bedroht wird? Was geschieht in Zukunft, wenn beispielsweise ein Entführer sich mit einem Pfarrer telefonisch in Verbindung setzt und durch eine TKÜ-Maßnahme das Leben des Entführten gerettet werden könnte? Was brauchen wir Antworten auf diese Fragen, scheint das Motto zu sein; Die Polizei wird es schon irgendwie richten. Zur Not begründet mit „übergesetzlichem Notstand“. Wen schert es, wenn der verantwortliche Polizist hinterher vor Gericht auseinander genommen wird. Haben unsere Gesetzgeber schon von dem verfassungsrechtlichen Gebot der Erforderlichkeit und von Zweckbindung der Datenerhebung gehört? Wieder drängt sich diese Frage auf.

Überraschende Wende

Das hörte sich bei den Innenfachleuten in der Anhörung alles



Ausgabe:

Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:

Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:

Jürgen Moser (vi.S.d.P)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 01. 01. 2002

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

FAKTEN

Nach dem Willen der Fraktionsvorsitzenden Kuhn (FDP) und Mertes (SPD) soll der Entwurf zum neuen POG verändert werden:

- § 13: Kontakt- und Näherungsverbot in Fällen der Wohnungsverweisung bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen werden mit aufgenommen.
- § 20: Die Möglichkeiten zum „Betreten von Wohnungen“ werden nicht eingeschränkt.
- § 29: Die Parlamentarische Kontrollkommission wird Wohnraumüberwachungsmaßnahmen kontrollieren.
- § 31: Die Telekommunikation darf nur zur Abwehr einer Lebensgefahr überwacht werden.
- § 40: Betroffene einer verdeckten Datenerhebung sollen mindestens über die Tatsache der Datenerhebung unterrichtet werden.
- §§ 28 bis 31: Alle Eingriffe gegenüber einem Träger von Berufs- oder Amtsgeheimnissen sind unzulässig, wenn nicht die Gefahr von ihnen selbst ausgeht und sie zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leben oder Freiheit der Person oder einer erheblichen Gesundheitsgefahr zwingend erforderlich sind.

POLIZEI- UND ORDNUNGSBEHÖRDENGESETZ

noch anders an, wissen die Teilnehmer zu berichten. Bernd Becker, der für die GdP an der Anhörung teilgenommen hat, zeigte sich vollkommen überrascht: „Die Beispiele, die von den Geistlichen in der Anhörung angeführt wurden, hatten alle mit Gefahrenabwehr nichts zu tun. Sie bezogen sich ausschließlich auf ‚Lauschangriffe‘ und TKÜ-Maßnahmen nach der StPO“. Darauf habe die GdP in der Anhörung noch einmal ausdrücklich hingewiesen. Über zwei Jahre dauere die Diskussion um ein neues POG bereits an. Fachleute aus Exekutive und Legislative hätten daran rege teilgenommen und das Ergebnis sei jetzt plötzlich von heute auf morgen des Teufels, stellt die GdP fest.

Auch Oppositionsführer Christoph Böhr habe nach Kirchenintervention das Thema zum Cheftema gemacht. Was vorher alles noch nicht weitgehend genug

gewesen sei, sei jetzt plötzlich bedenklich.

Es dürfe, so die GdP, nicht darum gehen, wer in der Lage sei, den größten öffentlichen Druck aufzubauen oder ob man es sich politisch leisten könne, gegen die Kirchen zu argumentieren. Vielmehr gehe es darum, unter Berücksichtigung der Rechtsentwicklung, ein den schwierigen Zeiten angemessenes Gesetz auf den Weg zu bringen, das sehr wohl die bürgerlichen Freiheitsrechte berücksichtige, so die GdP.

„Wer als Politiker oder Politikerin darauf vertraut, dass die Polizei alles Erforderliche über Notstandsregelungen machen kann und machen wird, der lässt die Polizei erst im Regen und dann vor dem Kadi stehen“, erklärt Landesvorsitzender Ernst Scharbach. „Eine solche Gesetzgebung, die praktische Probleme und die Sicherheitslage außer Acht lässt, stößt auf unsere ent-

schiedene Kritik“, so Scharbach weiter und folgerichtig fordert er, noch einmal in eine sachliche Auseinandersetzung einzusteigen. Dabei könne es auch nicht sein, dass den Polizeigewerkschaften die Verantwortung zukomme, die Rolle der Polizeipraxis zur Gänze zu übernehmen. „Experten und Praktiker der Landespolizeischule, der Polizeipräsidien und des Landeskriminalamtes müssen direkt und enger eingebunden werden“, fordert GdP-Chef Scharbach.

Positive Ergebnisse bei Platzverweis und Betreten von Wohnungen

Und Stellvertreter Becker unterstützt: „Ich bin der Überzeugung, dass sich sehr viele Befürchtungen als unbegründet herausstellen würden, wenn die Beteiligten und Betroffenen ein-

mal an einem Tisch sitzen. Jedenfalls gehen zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema vollkommen am vorliegenden Gesetzentwurf vorbei“.

Wo Schatten ist, ist auch Licht im parlamentarischen Gesetzgebungsdschungel zu erkennen, denn an zwei anderen Stellen des Gesetzentwurfes wollen die Regierungsfractionen die Hinweise der GdP (und anderer) aufgreifen und umsetzen. Platzverweis und Aufenthaltsverbot im Zusammenhang mit Gewalt in engen sozialen Beziehungen (§ 13 POG neu) sollen sinnvoll durch ein Kontaktaufnahme- und Näherungsverbot ergänzt werden, wie es auch das Gewaltschutzgesetz des Bundes vorsieht. Beim Betreten von Wohnungen (§ 20 III POG) soll es bei der bisherigen Regelung bleiben, die keine abschließende Aufzählung der Voraussetzungen, sondern lediglich einen Beispielskatalog vorsieht. **BB**

GdP-SEMINARE

Bessere Betreuung

Überalterte Dienststellen, zu wenig Personal, Druck in der Beförderungsauswahl, längere Arbeitszeiten, Kürzungen bei Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und

mer auch mit den Alterssicherungssystemen im öffentlichen Dienst, der Personalplanung für die Polizei und den Reformen der staatlichen Sozialsysteme und



Beihilfe – das Jahr 2003 hatte wirklich eine Serie von Hiobsbotschaften für die Polizeibeschäftigten. Im Aufbauseminar für Vertrauensleute im Dezember in Brodenbach prägte dies ein Stück weit die Diskussion. Über drei Tage befassten sich die Teilneh-

mer auch mit den Alterssicherungssystemen im öffentlichen Dienst, der Personalplanung für die Polizei und den Reformen der staatlichen Sozialsysteme und Finanzen. Fazit eines Teilnehmers: „Das hat mir für meine berufliche Arbeit viel gebracht und die gewerkschaftliche Betreuung meiner Kolleginnen und Kollegen in der Dienststelle kann ich auf besserer Grundlage leisten.“

TW

BG TRIER

Sorgen um Personal

Bei der Polizei im PP Trier gibt es erhebliche Sorgen um die Personalentwicklung. Inzwischen sind rund 160 Polizistinnen und Polizisten nur noch eingeschränkt verwendbar.

haben ohnehin zu wenig Personal. Deshalb fordern wir für 2004 und 2005 eine Versetzungsrate von bis zu 50 Leuten für Trier.“ Bei der Vertrauensleutenkonferenz in Trier-Ehrang gab es für die



Josef Schumacher, der GdP-Vorsitzende für die Region Trier: „Das ist eine deutliche Einschränkung für unseren Leistungsstand und Zusatzbelastungen für alle Kolleginnen und Kollegen gehen an die Substanz. Wir

Forderung breite Unterstützung. Die GdP-Bezirksgruppe zog eine positive Bilanz ihrer Arbeit im vergangenen Jahr.

TW

Ehrenmitglied nicht vergessen



Durch einen tragischen Verkehrsunfall verstarb am 29. 12. 2002 unser Ehrenmitglied Karl Wisser. Zum ersten Jahrestag gedachten der Bundes- u. Landesvorsitzende Heinz Blatt (rechts) und sein Stellvertreter Josef Baus dem Gründer der Seniorengruppe Rheinland-Pfalz an seinem Grab in Wallmerod. Karl Wisser war für seine Kolleginnen und Kollegen ein immer vertrauter Ansprechpartner wie auch Streiter für ihre Interessen. Wir haben ihm viel zu verdanken und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

DUZ steigt

Zum 1. April wird die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten an Sonn- und Feiertagen angehoben. Bisher betrug der Stundensatz 2,61 EUR, künftig 2,72 EUR. Die entsprechende Änderung der Erschwerniszulagenverordnung ist Bestandteil des Gesetzes über die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2003/2004. Das Gesetz sieht auch vor, dass die Dienstbezüge zum 1. April und zum 1. August jeweils um 1 Prozent steigen.

DB in Uniform

Polizeibeamte können jetzt auch in Fernzügen der Bahn kostenlos in der zweiten Klasse fahren. Bedingung: Sie müssen an Bord ihre Uniform tragen. Die erkennbare Präsenz soll die Sicherheit erhöhen. Quelle: BahnZeit, Zeitung der DB AG 10/2003

Polizeiseelsorge

In einer Feierstunde im Beisein des Mainzer Bischofs Kardinal Karl Lehmann und von Kirchenpräsident Eberhard Cherdon würdigte Innenminister Zuber zum 50-jährigen Bestehen der Polizeiseelsorge die engagierte Arbeit der Kirchen. Die wertvolle Hilfe sei Ausdruck einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Kirche und Staat. An dem Festakt nahmen Thomas Will und Heinz Blatt für die GdP teil.

Beihilfen

Bund und einige Länder wollen Verschlechterungen in der gesetzlichen Krankenkasse (Zuzahlungen, Sehhilfen, Sterbegeld pp.) in das Beihilferecht übertragen. Durch die Kostendämpfungspauschale sind für Rheinland-Pfalz erhebliche Vorleistungen erbracht worden. Weitere Einschnitte sind nicht zu erwarten, wie GdP-Vorstandsmitglied Heinz Werner Gabler in Erfahrung bringen konnte.

Beurteilungen

Die GdP bietet einen Beratungsservice in Sachen Beurteilungen an. Erste Anfragen zu Rechtsproblemen in Zusammenhang mit den Anlassbeurteilungen für das Beförderungsverfahren am 18. Mai 2004 liegen bereits vor.

BEIHILFE

Vollmacht für den Fall der Fälle

Ein schwerer Verkehrsunfall, ein Kollege liegt schwer verletzt im Koma. Rechnungen von Krankenhaus und Ärzten sind zu erwarten und nun beginnen die Probleme.

Denn im Beihilferecht kann nur der Beihilfberechtigte selbst seine Beihilfeansprüche und auch die beihilfefähigen Aufwendungen für seine Angehörigen gegenüber der Beihilfestelle geltend machen. Ärztliche Bescheinigungen, dass der Beihilfebe-

rechtigte nicht in der Lage ist Anträge einzureichen, müssen eingeholt werden. Zeitverzögerungen entstehen und Kosten warten auf die Bezahlung. Um diesem Fall vorzubeugen, kann bei der Beihilfestelle eine Vollmacht hinterlegt werden, in welcher eine andere Person bevollmächtigt wird, gegenüber der OFD-ZBV-Beihilfestelle in beihilferechtlichen Angelegenheiten den Beihilfberechtigten zu vertreten. Vordrucke können bei

der GdP-Geschäftsstelle angefordert werden.

HWG

Anzeige

TAUSCHPARTNERSUCHE
 PK z.A. Roland Kops aus NI (PD Hannover – PI Süd) sucht Tauschpartner aus RP (PP Koblenz/PP Trier)
 ☎ (05 11) 1 09-37 61 (dstl.)
 ☎ (0 50 85) 97 16 64
 ☎ 01 74/9 66 20 59

GdP VOR ORT IN LUXEMBURG

Koordinierungsstelle Luxemburg erfolgreich

Die Einbruch- und Diebstahlsriege sorgte Ende 2003 in der Gegend rund um Prüm für erhitzte Gemüter. Wegen der mangelnden Polizeipräsenz entstanden zeitweise gar Bürgerwehren.

Die Ermittlung der Täter ist hingegen der professionellen Polizeiarbeit zu verdanken: Die Informationen wurden in der „Gemeinsamen Stelle der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit“ zwischen den Ländern vermittelt. Die Täter wurden in Luxemburg dingfest gemacht. Die übliche Arbeit der Koordinierungsstelle ist eher unspekta-

ersten neun Monaten seit Inbetriebnahme wurden 25 000 Anfragen bearbeitet. Aus Deutschland kamen nur 4% der Anfragen. Vermutlich ist die Existenz und der Nutzen der Koordinierungsstelle noch zu unbekannt.

„Hier ist alles noch im Aufbau und es ist noch nicht ganz klar, was aus der Koordinierungsstelle einmal werden soll. Die Probleme



Rainer Barzen: „Die Zusammenarbeit mit den Kollegen könnte nicht besser sein.“

kulär, berichtet der Vertreter der rheinland-pfälzischen Polizei, Rainer Barzen. Wohnsitzüberprüfungen, Halterfeststellungen, Führerscheinüberprüfungen und sonstige Informationen werden angefragt und meist innerhalb von Minuten beantwortet. Eigene Ermittlungsbefugnisse hat die Stelle nicht, sie führt vielmehr die Ermittler zusammen, die an grenzüberschreitender Kriminalität arbeiten. Der Aufbau eines Lagebildes für die Region ist noch in weiter Ferne. Auch dafür wäre mehr Personal nötig. Die Koordinierungsstelle wird betrieben von Luxemburg, Belgien, Frankreich und Rheinland-Pfalz. In den

mit der EDV-Technik werden hoffentlich bald beseitigt“, resümiert Koll. Barzen die Anlaufphase. „Jedenfalls könnte die Zusammenarbeit mit unseren Kollegen aus den anderen Ländern nicht besser sein!“

Heinz Werner Gabler und Ernst Scharbach überzeugten sich vor Ort über die Vorteile der Koordinierungsstelle und ihre Arbeitsbedingungen. Die Europäisierung der Polizeiarbeit werfe völlig neue Fragen auf. Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten sind auf dieser Ebene nicht vorgesehen. Während es in der Industrie bereits seit Jahren internationale Betriebsräte gibt, hinkt

der öffentliche Dienst auch dabei hinterher.

GdP bei EuroCOP in Luxemburg

Fragen der europäischen Zusammenarbeit standen im

her die Fragen der Mitbestimmung auf europäischer Ebene bequem ausgeklammert. Die GdP bedankt sich bei EuroCOP für die vielfältigen Aktivitäten. Jan Velleman: „Noch ist es ein Traum, aber vielleicht wird er ja Realität. Angepasste Straf-, Strafprozess- und Polizeirechtsnormen.“



Jan Velleman: „Eine europäische Polizei für europäische Bürger!“

Zentrum der Gespräche mit dem Sekretär von EuroCOP Koll. Jan Velleman. Derzeit vertritt EuroCOP als einzige Organisation mit über 530 000 Mitgliedern die Polizei gegenüber der Kommission und dem Europaparlament. Dabei ist die GdP die größte Einzelorganisation. „Von vielen Kollegen unbemerkt werden polizeiliche Fragen zunehmend in Brüssel und Straßburg entschieden. Exekutivbefugnisse europäischer Polizeieinrichtungen, der Aufbau einer europäischen Grenzpolizei und einer multinationalen Task-Force, die Einrichtung einer Vielzahl grenzüberschreitender Koordinierungsstellen und die Europäisierung der Aus- und Fortbildung betreffen uns alle“, stellt GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach fest. Heinz Werner Gabler: „Die Kollegen müssen besser geschützt werden, nicht nur in den neuen Organisationseinheiten, sondern auch zum Beispiel bei der sog. Nacheile in benachbartes Territorium.“ Die Politik hat bis-

Eine einheitliche Uniform. Eine europäische Polizei für europäische Bürger!“

Anzeige

PK aus Hessen sucht aus dringenden familiären Gründen
Tauschpartnerin/Tauschpartner
 aus Rheinland-Pfalz.
 Zuschriften unter VDP/AV
 610945-1, Pf. 309, 40703 Hilden

Neues Auto?
 Günstige Konditionen
 beim
Polizeisozialwerk
 Rheinland-Pfalz GmbH
 0 61 31 - 9 60 09 31

§ 208 LBG: Streit um „Härtefall“

Heimfahrten der Kolleginnen und Kollegen, die zum Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft verpflichtet (§ 213 LBG) sind, stehen nur für die ‚reguläre‘ Hin- und Rückfahrt unter dem **Dienstunfallschutz**, teilt das ISM mit. Heimfahrten während der Woche hingegen nicht. Dies habe der Arbeitskreis für Versorgungsfragen festgestellt.

Fahrtenbücher werden ab 2004 nur noch elektronisch geführt. Korrekturmechanismen, Plausibilitätsprüfungen und die automatisierte Übernahme der Kilometer und Tankdaten in das Flotten- und Werkstattmanagementsystem würden im Laufe des Jahres umgesetzt, so das ISM.

Auf Anregung des HPRP hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte an Ministerpräsident Kurt Beck mit der Bitte gewandt, die Ergebnisse der statistischen Erfassung krankheitsbedingter Fehlzeiten nun auch Konsequenzen bei der **Gesundheitsfürsorge** zu ziehen. Dies sei

insbesondere nach der Erhöhung der Lebensarbeitszeit und speziell im Hinblick auf den Schichtdienst sinnvoll. Auf Bitte des HPR Polizei wurden die Daten für den Schichtdienst gesondert erfasst. Wenn der Dienstherr nicht bereit sei, die Gesundheitsfürsorge zu verbessern,



könne man die Datensammelei auch einstellen.

Die AG der Hauptpersonalräte kritisiert in einem mehrseitigen Schreiben an MP Kurt Beck die erfolgten **Einsparungen** zu Lasten der Beschäftigten. Diese hätten Leistungseinschränkungen

für den Bürger zur Folge und führten bei den Landesbediensteten zu Demotivation. Zitat: „Die AG der HPR teilt Ihnen diese kritische Einschätzung mit in dem vollen Bewusstsein, dass auch dies ungehört bleiben wird. Sie sollen aber, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, nicht sagen

können, dass Sie sich mit den diesbezüglichen Maßnahmen der Landesregierung in Übereinstimmung mit den Interessenvertretern der Beschäftigten befinden.“

Das ISM lehnte die Anerkennung einer ‚Härtefallregelung‘ im

Sinne des § 208 LBG in einem ersten Fall ab. Der Kollege war über 24 Jahre im Wechselschichtdienst und musste aus gravierenden gesundheitlichen Gründen in den Tagesdienst wechseln. Der HPRP ist mit der Entscheidung des ISM überhaupt nicht einverstanden und betreibt die Einberufung der Einigungsstelle.

VITERO (Virtual-Team-Room) heißt das neue Pilotprojekt, dass beim PP Koblenz getestet wird. Die aufwändigen Besprechungen, die derzeit noch erhebliche Fahrten und Zeit in Anspruch nehmen, sollen virtuell erfolgen. Die LPS wird eine virtuelle Fortbildung zu den Themen ED-Behandlung und Ausländerrecht ausprobieren. Das Projekt wurde dem HPRP von den Koll. Scholz und Huth vorgestellt. Es wird vom Fraunhofer Institut Stuttgart begleitet.

*Dieter Kronauer (Arbeiter),
Annemarie Grindel (Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)*

POLIZEIPRÄSIDIUM MAINZ

Lothar Schömann neuer Leiter PE



Lothar Schömann

Leitender Kriminaldirektor Lothar Schömann übernimmt zum 1. Januar 2004 die Leitung

der Abteilung Polizeieinsatz beim Polizeipräsidium Mainz und die Abwesenheitsvertretung des Polizeipräsidenten, wie Innenminister Walter Zuber bekannt gab. Kollege Schömann ist damit Nachfolger des Leitenden Polizeidirektors Wolfgang Erfurt, dem im November die Leitung des Polizeipräsidiums Westpfalz übertragen wurde.

Schömann ist 51 Jahre alt. Er gehört seit 35 Jahren dem Polizeidienst an und kann eine reiche polizeiliche Erfahrung in den verschiedenen Ämtern und Funktionen nachweisen. Seit seinem Aufstieg in den höheren Dienst im Jahr 1988 war Schömann Referent im Ministerium des Innern

und für Sport, Abteilungsleiter beim LKA und Leiter der Kriminaldirektion in Trier. Seit 1. Januar 2001 leitet er die Abteilung Polizeieinsatz beim Polizeipräsidium Rheinpfalz und vertritt den Polizeipräsidenten bei dessen Abwesenheit.

Schömann ist verheiratet und hat zwei Kinder; er wohnt in Mainz.

Die GdP wünscht ihrem Mitglied in seinem neuen Beschäftigungsbereich viel Erfolg.

Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 23

Der Opel Meriva

Der **Opel Meriva** bringt mehr Flexibilität in Ihr Leben.

Erleben Sie ein innovatives Automobil, das mit seinem FlexSpace-Konzept revolutionäre Innenraumflexibilität bietet. Mit seiner umfangreichen Serienausstattung und zahlreichen intelligenten Details schafft der Opel Meriva viel Freiraum für viel Individualität.



Der Opel Signum



Entdecken Sie die **Signum Class**.

Entdecken Sie eine neue automobiler Klasse. Die perfekte Synthese von Form und Funktion. Freuen Sie sich auf einzigartiges Design, revolutionäre Flexibilität und außergewöhnliche Dynamik.

Für diese und weitere Opel-Neufahrzeuge erhalten unsere GdP-Mitglieder

super Konditionen beim

Telefon: 0 61 31 - 9 60 09-31

<http://www.psw-rp.de> psw-rp@gdp-online.de



Leitbild

Das „Leitbild der Polizei“ kann nur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Polizei gesehen werden, wie es Anfang der neunziger Jahre in Verbindung mit einer damals erheblichen Personalverstärkung, der Einführung und Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn, den Gedanken zu einer Bürgerpolizei u. a. entstanden ist. Nur ein gut ausgebildeter, zufriedener und motivierter Polizist kann sowohl im Umgang mit dem Bürger, als auch im Innenverhältnis bestehen. Nach starkem Beginn der Politik erzielte die

Polizei bis 1998 erhebliche Fortschritte. Die Jahre danach brachten zunächst zunehmende Stagnation und zeichnet in den letzten Jahren ein stark rückwärts gewandtes Bild. Heute finden wir die groteske Situation in Dienststellen vor, dass der Sachbearbeiter in A 9 die gleiche Arbeit bewältigt, wie der Sachbearbeiter gegenüber in A 12 und (neuerdings auch mit zurückgetretenen K-Leitern) in A 13. Das Ziel, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ist bei der Polizei nie erreicht worden. Schwindende Beförderungsmög-

lichkeiten führen zu einem zunehmenden internen Konkurrenzkampf. Die Konkurrentenklagen nach jedem Beförderungstermin sprechen eine deutliche Sprache.

Wie unter diesen Voraussetzungen ein faires Miteinander entstehen soll, ist fraglich.

Fraglich ist auch, ob dies auch überhaupt erwünscht ist, macht Denunziantentum für manchen Vorgesetzten durchaus Sinn. So können längst überholte Strukturen beibehalten werden.

**Rolf Huberty,
KD Kaiserslautern**

**5. Februar,
vormittag,**

Delegiertentag BePo,
Mainz-Hechtsheim

**5. Februar,
nachmittag,**

BePo-Forum,
Mainz-Hechtsheim

**26. Februar,
15:00 Uhr,**

Mitgliederversammlung
PP Westpfalz,
Kaiserslautern,
SG Eintracht

**13. März,
20:00 Uhr,**

Ball der Polizei,
Mainz,
Kurfürstliches Schloß

KREISGRUPPE WESTERWALD/RHEIN-LAHN

Jubiläen

Am 12. 11. 2003 feierte unser Kollege Johann Lurz seinen 90sten Geburtstag und sein 50stes Gewerkschaftsjubiläum. Dies war Anlass für einen Besuch von unseren Vorstandsmitgliedern Margarethe Relet und Achim Eggert. Der Vorsitzende gratulierte, auch im Namen des Landesvorstandes, und überreichte eine Dankesurkunde sowie einen Wappenteller. Kollege Lurz, der in Bamberg geboren ist und in Ramsau aufwuchs, kam nach dem Krieg in den Westerwald, nach Kammerforst. Seine polizeilichen Stationen führten ihn über Ransbach-Baumbach nach Kamp-Born-

hofen und schließlich zur Polizei nach St. Goarshausen.

Seinen Jubeltag feierte er im Kreise seiner Familie, mit 5 Kindern, 9 Enkeln und 3 Urenkeln.

Am 1. 12. 2003 erhielt unser Kollege Paul Klinke aus Rüdesheim überraschenden Besuch vom Kreisgruppenvorsitzenden Achim Eggert. Kollege Klinke wurde für 50-jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt. Ihm wurde die Dankesurkunde des Landesvorstandes sowie (für Rüdesheim eher ungewöhnlich) ein Bierkrug mit Gravur überreicht. Kollege Klinke, am 27.6.1916 in Bornich (nahe der Loreley) geboren, wuchs in Pots-

dam auf und lernte in Berlin bei den Adler Werken Automobilkaufmann. Nach der Militärzeit kehrte er an den Rhein zurück und trat schon am 2. 1. 1946 in den „Polizeidienst“ ein. Da er bereits beim Militär Fahrlehrer aller Klassen war, wundert es wenig, dass er später auch bei der Polizei als Fahrlehrer überregional tätig war. Kollege Klinke stieg nach entsprechender Ausbildung in den gehobenen Polizeidienst auf und wurde 1976 mit Erreichen der Altersgrenze pensioniert. Da der Jubiläumstermin schon ein wenig zurück lag, war der Besuch umso überraschender.

WIR TRAUERN UM

- Hans Brenner, Bepo Wengerohr, 53 Jahre
- Amanda Elisabeth Korz, Vorderpfalz, 79 Jahre, Ehefrau von Kollege Josef Korz
- Ursula Landmesser, Bepo Enkenbach-Alsenborn, 47 Jahre
- Dieter Munzinger, Vorderpfalz, 33 Jahre
- Holger Stein, PD Kaiserslautern, 48 Jahre
- Erich-Karl Reimann, PD Trier, 71 Jahre
- Judith Decker, PD Kaiserslautern, 75 Jahre
- Christian Schade, Westerwald/Rhein-Lahn, 84 Jahre
- Erich Fischer, PD Neuwied/Altenkirchen, 86 Jahre
- Hedwig Deutsch, PD K'lautern, 62 Jahre, Ehefrau von Kollege Manfred Deutsch

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Anzeige

Sie haben Fragen zur Versorgungsänderung für Beamte und Tarifbeschäftigte oder zu Versicherungen?

Wir haben jeden
Dienstag von 10.00–13.00 Uhr
unsere Hotline für Sie geschaltet.

Rufen Sie einfach an:
Tel.: 0 61 31/9 60 09 50